



Beschlussvorlage Nr. 046/2024

14.03.2024/ Az 32.3 SL

Beitritt in das Netzwerk "Gesunde Städte"

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	14.03.2024	nicht öffentlich
Gemeinderat	21.03.2024	öffentlich

Beschlussantrag:

1. Der Beitritt in das Netzwerk „Gesunde Städte“ wird beschlossen.
2. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeit in geeigneter Weise informiert.

**Sachgebiet 32-3
Ausländer- und
Sozialamt**

Bahnhofplatz 1
97980 Bad Mergentheim

Sprechzeiten
Mo-Fr 8.00 – 12.30 Uhr
Mo 14.00 – 16.00 Uhr
Mi 14.00 – 18.00 Uhr

Ansprechpartner:
Stephanie Lux

Durchwahl: 57-3235
Fax: 57-3900

stephanie.lux@bad-
mergentheim.de



Sachverhalt:

Die Stadtverwaltung Bad Mergentheim beabsichtigt, dem „Gesunde Städte-Netzwerk“ beizutreten, weil dessen Inhalte unseren Anspruch unterstützen, als Gesundheitsstadt eines der führenden Kur- und Heilbäder Baden-Württembergs mit bundesweiter Ausstrahlung zu sein.

Das „Gesunde Städte-Netzwerk“ der Bundesrepublik Deutschland ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen, die der gesundheitlichen Entwicklung einen besonderen Stellenwert geben. Das wachsende Netzwerk umfasst aktuell 92 Mitgliedskommunen, darunter 46 Großstädte, 10 Berliner Bezirke, eine Region, 13 Landkreise sowie 26 mittlere Städte und Gemeinden mit insgesamt über 24 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die beteiligten Kommunen haben sich mit diesem Netzwerk ein Lern-, Aktions- und Diskussionsinstrument geschaffen, mit dem sie ihre eigene Arbeit im Sinne der „GESUNDE STÄDTE Konzeption vor Ort“ unterstützen und bereichern können. Das Netzwerk der Kommunen unterstützt dabei begleitend die Arbeit von Akteuren vor Ort, die den eigentlichen Kern der Aktivitäten gestalten.

In Bad Mergentheim hat sich unter Führung der Kitzberg-Akademie ein lokales Netzwerk aus den Gesundheitsbetreibenden gegründet, die vielseitige Angebote zur Förderung der Gesundheit transparent machen und ausbauen wollen. Mit der Kurverwaltung, dem Gesundheitsamt des Landratsamtes, Schulen, Berufsschulen, DHBW, Kliniken, Gesundheitseinrichtungen wie der AOK sowie Unternehmen und Dienstleistern sind bereits viele Akteure an Bord und weitere sollen gewonnen werden.

Die Stadt Bad Mergentheim unterstützt das lokale Netzwerk, indem der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem bundesweiten Netzwerk der beteiligten Kommunen eingebracht wird.

Das Leitbild „Gesunde Stadt“ beschreibt Kriterien und Ziele für die Teilnahme am Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland, die nachfolgend aufgelistet sind.

Kriterien für die Teilnahme am GESUNDE STÄDTE-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Städte, Kreise oder Stadtbezirke, die bereit sind, in ihrer Stadt, ihrem Kreis oder ihrem Bezirk (im folgenden „Städte“) ein „GESUNDE STÄDTE-Projekt“ durchzuführen und sich auf das 9-Punkte-Programm verpflichten, können dem GESUNDE STÄDTE-Netzwerk beitreten.

Aufgrund der in Vorbereitung befindlichen kommunalen Aktivitäten des Netzwerks sind für Bad Mergentheim bereits Projektideen gesammelt worden und die Akteure davon überzeugt, die Kriterien erfüllen zu können. Deshalb wird vorgeschlagen, den notwendigen schriftlichen Antrag zum Beitritt an das GESUNDE STÄDTE-Sekretariat zu stellen, der nachfolgende 9 Selbstverpflichtungen enthält.

Punkt 1

Der Gemeinderat der Stadt befürwortet die Gesunde Städte-Konzeption und erklärt sich damit gleichzeitig mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung (1986) einverstanden.

Mindeststandard: Es wird für den Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk eine Beschlussvorlage erarbeitet, der der Rat zustimmt. Der Rat der Stadt beschließt



über den Eintritt in das Gesunde-Städte-Netzwerk und über den Austritt. Im Falle des Austritts müssen vor der Entscheidung der Koordinator/die Koordinatorin der Kommune und der Koordinator/ die Koordinatorin der Initiativen, Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Projekte gehört werden.

Punkt 2

Die Benennung einer für die kommunale Gesunde Städte-Arbeit zuständigen Person hat verbindlich zu erfolgen. Mindeststandard: Die verantwortliche Ansprechperson erfüllt die Aufgaben des kommunalen Koordinators/der kommunalen Koordinatorin der Gesunde Städte-Arbeit.

Für Bad Mergentheim fungiert die Personalverwaltung als kommunaler Koordinator und wird bei Bedarf von der Wirtschaftsförderung unterstützt. Das Gesamtprojekt wird inhaltlich und organisatorisch von der Kitzberg-Akademie geführt.

Punkt 3

Eine ressortübergreifende gesundheitsfördernde Politik ist zu entwickeln. Dafür werden die verschiedenen Politikbereiche und Fachämter über die Gesunde Städte-Konzeption informiert. Weitere Institutionen (Krankenkassen, Verbände, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft, Wirtschaft usw.) sowie Bürgerinitiativen sind in diesen Prozess einzubeziehen. Die Einrichtung entsprechender kooperativer Infrastrukturen (Gesundheitsförderungskonferenz) wird für die Umsetzung einer präventiven Gesundheitspolitik empfohlen.

Mindeststandard: Intersektorale Kooperationsstrukturen werden genutzt, entwickelt und gestärkt.

Für Bad Mergentheim übernehmen die aufgeführten Akteure die Entwicklung und Arbeit des lokalen Netzwerks, die Stadt ist unterstützend dabei, ebenso wie der Landkreis, der bereits vor Jahren eine Gesundheitskonferenz etabliert hat.

Punkt 4

Gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden sollen bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden. Dafür sind entsprechende Voraussetzungen zu entwickeln.

Mindeststandard: Die für die Gesunde Städte-Arbeit verantwortliche Ansprechperson wird über städtische Planungen, die gesundheitliche Belange berühren, frühzeitig und vollständig informiert.

In Bad Mergentheim werden gesundheitsfördernde Themen bereits jetzt in alle relevanten Projekte und Aktivitäten einbezogen. So beinhalten sowohl die strukturierte Stadtentwicklung mit dem aktuellen Stadtsanierungsprogramm als auch die Pläne zur Landesgartenschau klima- und umweltpolitische Ziele, die nachhaltig zur Förderung der Gesundheit dienen, ebenso hat die Stadtverwaltung mit Aktivitäten zum Arbeits- und Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits eigene Projekte auf den Weg gebracht. Deshalb soll als städtischer Koordinator auch die Personalverwaltung benannt werden, weil dort bereits die Aktivitäten für die eigene Belegschaft angesiedelt sind.

Punkt 5

Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen betei-



gen können. Für diese Mitwirkung wird die Schaffung geeigneter Unterstützungs- und Koordinierungsstrukturen empfohlen.

Mindeststandard: Die vorhandenen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten werden seitens der Kommune den Bürgern transparent gemacht und umgesetzt. Für Bad Mergentheim soll unter Leitung der Kitzberg-Akademie regelmäßig über die Angebote der Gesundheitsbeteibenden sowie über Möglichkeiten im lokalen Netzwerk informiert und dafür geworben werden, die Stadt begleitet dies bei Bedarf.

Punkt 6

Verständliche und zugängliche Informationen und Daten sollen den Prozess zu einer gesunden Stadt begleiten (Gesundheits- und Sozialberichterstattung).

Mindeststandard: Gesundheits- und Sozialberichterstattung muss von der Analyse über die Möglichkeiten der Beratung bis zur konkreten Handlung als kommunale Gemeinschaftsaufgabe begriffen und umgesetzt werden.



Punkt 7

Die Teilnahme an gemeinsamen Treffen mit Delegierten der am Netzwerk beteiligten Städte soll den gegenseitigen Austausch und die Weiterentwicklung der gesundheitsfördernden Aktivitäten gewährleisten.

Die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung ist zu ermöglichen für je einen Vertreter / eine Vertreterin der Mitglieds-Gebietskörperschaft und je einem Vertreter / einer Vertreterin aus dem Kreis der Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Projekten der Mitglieds-Gebietskörperschaft, der / die in der jeweiligen Kommune gewählt wird.

Die Beteiligung an weiteren Treffen (z.B. Symposium, Workshops) ist zu unterstützen.

Mindeststandards: Die Vertreterin/der Vertreter des Bereichs der Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Projekten muss in transparenter Abstimmung ausgewählt werden.

Für die Stadt Bad Mergentheim entscheidet der Oberbürgermeister, wer die Kommune auf der jährlichen Mitgliederversammlung vertritt, für das Netzwerk der Akteure organisiert die Kitzberg-Akademie die geforderte transparente Abstimmung.

Die Kosten für die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung trägt die Kommune.

Für Bad Mergentheim verpflichtet sich die Kommune, die Kosten für die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung für die o.g. 2 Personen zu übernehmen. Weitere Personen können, sofern vom lokalen Netzwerk befürwortet, als Selbstzahler teilnehmen.

Punkt 8

Erfahrungen, Erkenntnisse und praktikable Modelle zur Gesundheitsförderung sind an das Gesunde Städte-Sekretariat zur Verbreitung im Netzwerk zu übermitteln.

Mindeststandard: Die Mitglieder informieren das Gesunde Städte-Sekretariat regelmäßig und umfassend über ihre Aktivitäten, um einen lebendigen Informationsfluss im Netzwerk zu gewährleisten.

Aufgrund der vom lokalen Netzwerk vorgesehenen Öffentlichkeitsarbeit ist für Bad Mergentheim gewährleistet, auch an das Sekretariat des Städte-Netzwerks entsprechende Informationen übermitteln zu können.

Punkt 9

Alle 4 Jahre trägt das Gesunde-Städte-Mitglied den anderen Netzwerkmitgliedern seinen Erfahrungsbericht vor, der die Erkenntnisse aus der kommunalen Gesunde-Städte-Arbeit reflektiert. Spätestens nach 4 Jahren werden die zuständigen Gremien in der Stadt (Stadtrat und/oder Fachausschuss/Fachausschüsse) über die kommunale Umsetzung der Gesunde-Städte-Programmatik informiert, um über die weitere Arbeit zu entscheiden.

Mindeststandard: Der Erfahrungsbericht baut auf dem 9-Punkte-Programm und den Mindeststandards auf und stellt den Ertrag der Mitgliedschaft im Netzwerk dar.

Das Netzwerk tritt dafür ein, dass die Gesundheitsförderung tatsächlich im Alltag der Menschen ankommt. Gesundheitsförderung für alle durch Städte und Ge-



meinden ist ebenso wichtig wie die betriebliche und persönliche Vorsorge für die Gesundheit. Um Gesundheitsförderung in Wohnvierteln, mit Schulen, Kitas, Familien- und Alteneinrichtungen, mit Vereinen, Selbsthilfegruppen, Gesundheits-Verbraucher und Umweltinitiativen, mit öffentlichen Diensten in allen Bereichen der Daseinsvorsorge langfristig auf- und auszubauen, braucht es eine engagierte Kommunalpolitik. Ziel ist, das Konzept einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik zu verfolgen und in Kooperation mit verschiedenen intersektoral vernetzten Akteurinnen und Akteuren in der Kommune diesbezüglich Strukturen und Prozesse zu entwickeln und zu erproben.

Im Fokus steht die Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit durch das Schaffen gesundheitsförderlicher Verhältnisse auf kommunaler Ebene. Beteiligte Kommunen profitieren durch den aktiv gelebten Erfahrungsaustausch im Gesunde Städte-Netzwerk sowie durch den auf diese Weise geschaffenen Lern-, Aktions- und Diskussionsraum. Im Rahmen dieser Lernnetzwerke sollen „Good Practices“, Gedankenimpulse und Gestaltungsideen mit anderen Kommunen geteilt werden.

Dabei wirken sowohl auf Bundesebene als auch vor Ort kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Träger aus der Gesundheits- und Selbsthilfearbeit gleichberechtigt zusammen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kontierung	11265000/44290000
Bezeichnung	
Betrag	Ca. 500,00 €

Finanzierung:

Planansatz inkl. genehm. üpl/apl/Überträge	
davon lt. Haushaltsplan für diese Maßnahme vorgesehen:	

Folge:

Betrag steht zur Verfügung:

Betrag steht nicht zur Verfügung:

Betrag steht nur in Höhe von _____ € zur Verfügung:

Deckungsvorschlag:

Kontierung		
Bezeichnung		
Betrag		



gez. Udo Glatthaar
Oberbürgermeister

Anlagen:

Geschaeftsordnung_GSN Gesunde Städte

Gesunde Städte Bericht Kompetenzzentren.pptx [Schreibgeschützt]

Gesunde Städte Handlungsanleitung für den Beitritt zum Gesunde Städte

Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung

Präsentation GSN Gesunde Städte